

Absturz oder Neubeginn. Arbeitswelt in der Globalisierung

Leistungskürzungen für Langzeitarbeitslose, Rentner und Kranke, längere Arbeitszeiten, verminderter Kündigungsschutz und weniger Lohn für Beschäftigte – unter dem gewaltigen Druck eines globalisierten Wettbewerbs, demografischer Herausforderungen und leerer öffentlicher Kassen schwinden binnen kürzester Zeit über Jahrzehnte aufgebaute und vertraute Systeme sozialer Sicherung. Glaubt man den Medien, grassieren Unmut und Unsicherheit in weiten Kreisen der Bevölkerung. Diffuse, gleichwohl nicht unbegründete Ängste vor einem dramatischen sozialen Abstieg plagen zunehmend auch den bislang wohl versorgten Mittelstand. Die Gräben zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, zwischen Armen und Reichen, scheint es, vertiefen sich. Nicht mit kleinen Umbauprogrammen oder Zahlenspielerereien hinter dem Komma sehen sich Bürgerinnen und Bürger konfrontiert, sondern mit einem fundamentalen Wandel ihrer gewohnten Lebenswelt. Unklar bleibt vielen, wohin das führt. Optimistische Visionen von zukünftiger Arbeit sind Mangelware, stattdessen ist eine fatalistische Grundstimmung virulent: Alles wird immer nur schlechter. Ursache des Übels, so viel scheint klar, ist die hohe Dauer-Arbeitslosigkeit.

Sicher, die aktive Arbeitsmarktpolitik – vor allem in Nordrhein-Westfalen – verzeichnet große Erfolge in einzelnen Segmenten: mit dem bundesweit einmaligen Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit etwa, den in der Wirtschaft mit hoher Anerkennung akzeptierten Instrumenten der Potenzialberatung und Verbundprojekten für Unternehmen oder den Initiativen für ältere Arbeitnehmer und behinderte Menschen. Aber keine noch so ausgeklügelte Arbeitsmarktpolitik bekommt das Problem Arbeitslosigkeit in den Griff. Deshalb gewinnt, wer im Auftrag „innovativer Beschäftigungsförderung“ die Entwicklung unternehmensnaher und individuell zugeschnittener Integrationsmaßnahmen, die Balan-

ce von Rechten und Pflichten im Sinne von „Fördern und Fordern“ oder die Selbstverantwortungs- und Autonomie-Aspekte der Ich-AG als Effektivierung und Effizienzsteigerung arbeitsmarktpolitischer Instrumente insgesamt bewertet, mitunter den Eindruck: Das Einzige, was sich ändert, ist der strategische Überbau. Unterm Strich steht: Ein großer Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung bleibt vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Offener Diskurs

Grund genug, parallel zum arbeitsmarktpolitischen Alltagsgeschäft einmal die Perspektive zu wechseln und mit Menschen zu sprechen, die sich in anderen Denk- und Handlungsfeldern eher mittelbar mit den Themen Arbeit und Arbeitslosigkeit beschäftigen. Die interdisziplinäre Analyse der aktuellen Situation und zukünftiger Entwicklungsmöglichkeiten soll arbeitspolitische Veränderungen in einem größeren Kontext diskutieren. „Unabhängige Köpfe“ sollten es sein, die nicht in den systembedingten Logiken von EU-Fördermitteln, Programmevaluierungen und monatlichen Zahlenreihen gefangen sind und auf die Interessen verbandlicher, politischer oder betrieblicher Akteure Rücksicht nehmen müssen. Wir haben uns für den Wirtschaftsfachmann Hans-Olaf Henkel entschieden, für den ehemaligen Politiker und jetzigen Wissenschaftsmanager Peter Glotz, die Zukunftsforscherin Oana Horx-Strathern, den Soziologen Claus Offe, die Schriftsteller Rolf Hochhuth und Alexander Kluge sowie die Philosophen Frithjof Bergmann und Peter Sloterdijk. Ihre intellektuelle Herkunft aus Wirtschaft, Soziologie und Zukunftsforschung, Literatur und Philosophie, so die Vermutung, wird der Komplexität des Themas am ehesten gerecht.

Tatsächlich illustrieren die Gedanken der Gesprächspartner anschaulich und präzise, dass überzeugende Vorschläge zur Beseitigung hoher Arbeitslosigkeit viel mehr Dimensionen menschlicher Existenz einbeziehen müssen, als Berichte, Reportagen und Kommentare in der Tagespresse vermuten lassen. Hier wird deutlich, wie umfassend der erforderliche Strukturwandel in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, aber auch der Einstellungs- und Mentalitätswandel beim Einzelnen ist.

Damit rücken Auseinandersetzungen und Diskussionen um Ausbildungsplatzabgabe und Hartz IV, Montagsdemonstrationen und Ein-Euro-Jobs in ein anderes Licht: Sie spiegeln an der Oberfläche einen grundlegenden Konflikt, in dem die gesellschaftlichen Normen von Arbeit und Nichtarbeit, sozialer Sicherheit und Eigenverantwortlichkeit neu definiert werden. So heterogen die Grundüberzeugungen der Interviewten oft sind, mitunter zeigen sich erstaunliche Übereinstimmungen. Die Originalität der Sichtweisen, die Offenheit der Antworten, die Radikalität der Argumente bringt Widersprüche zutage, verweist auf ungelöste Probleme. In der Gesamtschau verdichten ihre Ideen und Interpretationen die spürbare Spannung der aktuellen gesellschaftlichen Situation. Vor allem aber unterstreichen sie eins: Der offene Diskurs über die Zukunft von Arbeit ist überfällig.

Abschied von der Vollbeschäftigung

Vollbeschäftigung ist möglich – das ist die Auffassung von Hans-Olaf Henkel. Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft Berlin hat die damit verbundenen Implikationen klar formuliert: Die Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, wieder mehr zu verdienen, „dann lösen sich die Probleme von allein“. Arbeitslosigkeit ist für den ehemaligen BDI-Präsidenten im Wesentlichen ein Symptom falscher Standortpolitik. Doch Vollbeschäftigung – über Jahrzehnte selbstverständliches Ziel bundesdeutscher Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und gleichsam konstituierendes Element aller gesellschaftspolitischen Gestaltung – hat sich als realistische Option politischen Handelns klammheimlich aus der öffentlichen Diskussion verabschiedet. Damit wird auf

staatlicher Ebene an einem Prinzip gerüttelt, das nach dem Zweiten Weltkrieg identitätsbildend für die Bundesrepublik geworden ist: Vollbeschäftigung als unabdingbare Voraussetzung, den stetig steigenden Bedarf des Sozialstaats an Beitragszahlern zu decken. Ein System, das nach Einschätzung des Philosophen Peter Sloterdijk schon immer Elemente der „Kettenbriefproblematik“ enthielt und besonders diejenigen düpiert, die eine nachgeordnete Position in der Empfängerreihe einnehmen. Da alle Pfade zu einer auskömmlichen sozialen Sicherheit in diesem System über die Expansion von Beschäftigung führen, kreisen die meisten Lösungsvorschläge unaufhörlich um das Prinzip der Lohnarbeit und eine möglichst hohe Beschäftigungsquote im regulären Arbeitsmarkt. Der verschwiegene Abschied vom Vollbeschäftigungsideal trifft somit einen besonders empfindlichen Nerv des sozialen Zusammenhangs, verursacht intergenerationelle Verteilungskämpfe und schafft eine Stimmung der Entsolidarisierung.

Entsprechend heftig, geradezu verzweifelt blendet deshalb nach Auffassung des Soziologen Claus Offe die politische Ebene das mögliche Scheitern aus, dass nämlich die erbrachten Opfer und auferlegten Vorleistungen eventuell doch nicht zum ersehnten Ergebnis einer zumindest partiellen Zunahme an Beschäftigung führen. Politiker, die eingestehen, dass die gegenwärtig ins Berufsleben eintretende Generation dort nicht vollständig unter den tradierten Bedingungen und Gratifikationen unterkommen wird, sind eine Rarität. Zudem wirkt die Zwangslage auf dem Arbeitsmarkt wie ein sehr effektives Verhütungsmittel, beschleunigt damit den Bevölkerungsrückgang und setzt den unersättlichen, nach neuen Beitragszahlern hungernden Sozialstaat zusätzlich auf Diät. Doch Schrumpfungsprozesse sind im komplexen sozialstaatlichen Gefüge der Bundesrepublik nicht vorgesehen, nehmen rasch die Ausmaße eines „system errors“ an. Für die herkömmlichen Wege aus dem Dilemma – Zuwanderung oder massiver Geburtenanstieg bei gleichzeitiger Zunahme an Beschäftigungsgelegenheiten – fehlen dem auf Wachstum programmierten Sozialstaat die geeigneten Mittel und Strategien.

Arbeit der Zukunft: Weniger Sicherheit, mehr Chancen

Beschäftigung finden zukünftig vor allem gut ausgebildete „Informationsverarbeiter und Symbolanalytiker“, wie der St. Galler Wissenschaftsmanager Peter Glotz die Personengruppen nennt, die den Anschluss an die beschleunigte Marktwirtschaft halten können. In der wissensbasierten Gesellschaft spielt die Spitze eine größere Rolle als der Durchschnitt, diagnostiziert er in seinem Werk über den „digitalen Kapitalismus“, „zwei gute Softwareschreiber leisten wesentlich mehr als 100 durchschnittliche“. Mit Konsequenzen für überkommene gesellschaftliche Werte: „Die gesetzliche Verordnung von Gleichheit wird sich immer weniger durchsetzen lassen.“ „Mehr Wettbewerb!“, lautet deshalb auch das leidenschaftliche Plädoyer von Hans-Olaf Henkel. Nur so lassen sich Spitzenleistungen erzielen und internationale Konkurrenzfähigkeit (zurück)gewinnen.

Die beruflich „Erfolgreichen“ arbeiten mehr denn je zu Bedingungen, die mit heutigen gewerkschaftlichen Standards kaum vereinbar sind. Ihre Vorstellungen vom kreativen und spannenden Job sind eher an den Idealen des erfolgreichen Existenzgründers oder an künstlerischer Betätigung orientiert: Spaß durch selbst bestimmte Tätigkeiten, lange Arbeitszeiten, hohe räumliche und zeitliche Flexibilität ohne langfristige Arbeitsplatzsicherheit. Die zukünftigen „Skills“ ähneln jenen Fähigkeiten, die traditionell eher Frauen zugeschrieben werden: Flexibilität, Teamarbeitsfähigkeit, Organisationstalent, Lösungsorientiertheit, Kommunikationskompetenz. Diese Qualifikationen ergeben sich aus den neuen Anforderungen der Wissensgesellschaft und verlangen vom Einzelnen ein hohes Maß an Autonomie.

Das eiserne Korsett der alten Arbeitsgesellschaft mit lebenslangen Arbeitskarrieren in immer demselben Beruf, demselben Unternehmen, am selben Ort jedenfalls löst sich auf. Die Beziehung zwischen Unternehmen und Beschäftigten, prognostiziert die in Irland geborene Zukunftsforscherin Oana Horx-Strathern, gewinnt dadurch eine neue Qualität, verlagert sich vom „Massenverhältnis“ auf ein eher individuelles, in dessen Mittelpunkt die Förderung des Einzelnen, Fairness und Mitver-

antwortung stehen und das letztlich in einer Art Umkehrung wieder zu einer dauerhaften Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen führt. Zusatzleistungen wie Karriereplanunterstützung oder individuelle Problemlösungshilfen als Ergänzung zur reinen Beschäftigung und Bezahlung nehmen an Bedeutung zu. Unternehmen, die ihre Mitarbeiter ausschließlich über ökonomische Anreize rekrutieren und motivieren, verlieren Marktchancen. Umdenken müssen auch die Arbeitsplatzsuchenden: Eine rein „victimologische“ Perspektive, in der sich das Individuum immer nur als Opfer gesellschaftlicher Veränderungen begreift, versperrt den Blick für neue Chancen. Das Credo der Zukunftsforscherin: „Wir müssen uns alle als Selbstständige sehen!“

Das vernachlässigte Drittel: Zwischen Resignation und Selbstorganisation

Ein Szenario, das für höher qualifizierte Beschäftigte mit guten Arbeitsmarktchancen plausibel klingt. Doch der Verzicht auf Vollbeschäftigung als realistisches wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Handlungsziel, die Konzentration der Arbeitgeber auf hervorragend ausgebildete Mitarbeiter und der drastische Rückgang von „Einfach-Arbeitsplätzen“ impliziert, dass ein Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung mindestens zeitweise oder gar dauerhaft vom ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen wird. Auf rund ein Drittel schätzt Peter Glotz ihre Zahl. Viele der Betroffenen, Arbeitslosengeldempfänger oder Jugendliche ohne Ausbildungsplatz schlagen sich auf sehr unterschiedlichen Niveaus durch, akzeptieren vielleicht flexible Arrangements von Patchworkeinkommen, die meisten aber, so die einhellige Auffassung, dürften Arbeitslosigkeit als individuelle Notlage erfahren, die allein durch finanzielle Transferleistungen, die die öffentliche Diskussion dominieren, nicht wirklich gelindert wird, denn Erwerbsarbeit dient nicht nur zur eigenständigen Sicherung der ökonomischen Existenz, sondern ist weiterhin Voraussetzung für die Eingebundenheit des Einzelnen in die Gesellschaft. Arbeitslosigkeit hingegen erweist sich, so Peter Sloterdijk in einer Sentenz, als „Terror, der sich als nichts-zu-tun-haben zeigt“.

Viele Menschen, denen mit dem Verlust ihrer Arbeit ein wesentlicher Teil Lebensgeschichte entzogen wird, reagieren mit Rückzug oder Protest. Zwar sind sie meist zu Veränderungen bereit, aber ihre Flexibilitätsfähigkeit bricht zusammen, warnt der Berliner Soziologieprofessor Claus Offe, „wenn die Zumutungen über das Maß des Machbaren hinausgehen“ – mit gegenteiligem Effekt: Ansätze zur Entwicklung alternativer Ideen und neuer Handlungskompetenz – bei energischen, innovativen und einsatzbereiten Arbeitskräften heutzutage als selbstverständlich vorausgesetzt – enden im Ruf nach dem fürsorglichen, maternalistischen Staat, dem es ja bisher gut gelungen ist, den Einzelnen gegen das Risiko „Arbeitslosigkeit“ abzusichern. Über Dekaden hinweg hat er so Bürgerinnen und Bürger zu relativer Unselbstständigkeit und Abhängigkeit „erzogen“, bemängelt jetzt aber – für viele unvermittelt – deren fehlende Bereitschaft zu Eigeninitiative und Risiko.

Dabei ist der Mensch nach Langzeit-Beobachtungen des Schriftstellers und Fernsehproduzenten Alexander Kluge durchaus in der Lage, kreativ mit Notlagen umzugehen. Noch ist nicht absehbar, mit welchen Erfindungen, neuen Eigenschaften, Qualitäten und originellen subjektiven Antworten Individuen auf die aktuellen Herausforderungen reagieren. Das Gelingen ihrer einfallsreichen Bemühungen ist abhängig von der Fähigkeit zur Selbstorganisation. Sie lässt sich nicht auf dem Amtsweg forcieren, sondern geschieht von unten nach oben, beginnt beim Einzelnen und entwickelt sich weiter zur Zusammenarbeit in Gruppen und Netzwerken. Umstritten ist die Ich-AG: Treibt sie engagierte Menschen bei Erfolglosigkeit noch tiefer in die Krise oder vermeidet sie aufgrund immanenter Elemente von Selbstorganisation und Autonomie Nebeneffekte reiner Alimentierung wie Passivität und Trübseligkeit?

Bürgerrechte und Bildung, Selbstverpflichtung und Großzügigkeit

Der betreuende Staat, der dafür sorgt, dass die Menschen beschäftigt und auf relativ hohem Niveau gegen die größten Risiken abgesichert sind, funk-

tioniert nicht mehr: „Der Staat ist kein Papa!“, wie Peter Glotz plastisch formuliert. Das Sicherheitsnetz wird brüchiger – eine Botschaft, die, anders als nicht einlösbare Versprechen, Arbeitsplätze und Sicherheit zu schaffen, nicht gut zu kommunizieren ist. Wenn jedoch gesamtgesellschaftlich Vollbeschäftigung nicht realisierbar ist und für den Einzelnen die ungebrochene Vollzeit-Erwerbsbiografie zur Ausnahme wird, müssen Phasen von „Nicht-Arbeit“ im Werte-Kanon als normale Übergangsperioden ihre Berechtigung finden. Ein gleichzeitig installiertes „Drehtürsystem“ (Claus Offe) könnte dann, als „ökonomisches Bürgerrecht“, Menschen erlauben, aus dem Erwerbsarbeitssystem heraus –, aber auch wieder hineinzugelangen – eine an den jeweils aktuellen Arbeitsmarktverhältnissen flexibel orientierte sporadische Rotation auf freiwilliger Basis.

Die differenziertere Gestaltung der Übergänge zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit im Sinne einer sinnvoll gestalteten, gesellschaftlich akzeptierten „Auszeit“ könnte der Beginn einer Diskussion sein, die – parallel zur Beschäftigungsförderung im ersten Arbeitsmarkt – den Weg frei macht für Überlegungen zum „dritten Sektor“: mit neuen Formen der Arbeitseinteilungen in Gemeinschaftsarbeit, industrieller Arbeit und Eigenarbeit, wie sie der Amerikaner Frithjof Bergmann präferiert und entworfen hat. Ein intensiveres Engagement „auch höher rangiger Politiker“ für den nach Skandalen und Pleiten um die Neue Heimat unpopulären „dritten Sektor“ fordert der politisch erfahrene Hochschuldirektor Peter Glotz.

Frithjof Bergmann selbst aber will seine Vorschläge gar nicht auf „das vernachlässigte Drittel“ beschränken, sondern sieht darin eine realistische und von einem zunehmenden Personenkreis auch gewollte Alternative zur „Krankheit der Lohnarbeit“. Weniger ambitioniert sind da Modelle einer steuerfinanzierten Bezahlung für Arbeiten, die anderen Menschen dienen und gleichzeitig eine Subsistenzgrundlage jenseits der Sozialhilfe schaffen. Sie sind jedoch durch die eher negativen Erfahrungen mit einem zweiten Arbeitsmarkt, speziell den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Arbeitslose vor allem in

Ostdeutschland, weitgehend diskreditiert. Mit der Einführung der Ein-Euro-Jobs, die – begleitet von Sanktionen – mit verbesserten Übergangschancen in den ersten Arbeitsmarkt begründet werden, erleben sie eine gewisse Renaissance.

Unabhängig von der konkreten Gestaltung der Übergänge am Arbeitsmarkt: Eine radikale Ausweitung hochwertiger Bildungsangebote für alle – aufgrund unabsehbarer zukünftiger Entwicklungen über die gegenwärtige Nachfrage hinaus – ist unausweichlich. Eine Notwendigkeit nicht nur als Konsequenz aus der Wissensgesellschaft, sondern weil das Unterlassen von Investitionen in Ausbildungsangebote, in gesellschaftliche Mobilität, in Auswege aus Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit – Alexander Kluge erinnert daran – als Ausdruck „sozialer Kälte“ zu gesellschaftlichen Katastrophen und letztlich weit höheren Kosten führen kann. Der Staat ist auch institutionell gefordert: Er ist aufgerufen, „kleinere Einheiten zu bilden, die Initiative ergreifen können“, so der Büchner-Preisträger, um in die „filigranen Verhältnisse“ zwischen Menschen einwirken zu können: „Die Ich-AG des Beamten muss zusammenarbeiten mit der Ich-AG des ihm Anvertrauten“.

Nicht nur der Staat muss sich umorientieren, der Einzelne umdenken, die Wirtschaft gerät ebenfalls unter Änderungs-Druck: Sie ist zur Durchsetzung ihrer Interessen auf Legitimation und Leistungsbereitschaft der Bevölkerung angewiesen. Die von Rolf Hochhuth kritisierte Abwesenheit einer „Wirtschaftsverfassung“ – der Dramatiker hat mit seinem Theaterstück „McKinsey kommt“ die „unmoralische Entlassungspolitik“ wirtschaftlich erfolgreicher Großkonzerne und das „Elend der Entlassenen“ angeprangert – verlangt von den Wirtschaftsführern eine intensivere Selbstverpflichtung und – über die berechtigten Partikularinteressen hinaus – die konsequente Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwohl – eine Auffassung, die, wenn auch indirekt, durchaus anknüpft an Forderungen von Hans-Olaf Henkel nach mehr Qualität und einer stärkeren Wahrnehmung von Vorbildfunktionen der Politiker und Unternehmenschefs. Für eine in Deutschland noch wenig verbreitete, in den USA aber schon lange praktizierte „Politik der Großzü-

gigkeit“ votiert Peter Sloterdijk: so wird aus Steuern – „dummem, blindem, anonymem Geld“ – „intelligentes Stiftungsgeld, das wie präzise Allokationen an einer spezifischen Stelle eingezahlt wird.“ In einer Gesellschaft, die nach seiner Bewertung nur unter eingebildetem Mangel leidet, dürfte das zu bewerkstelligen sein.

„Kolloquium der Abwesenden“

... fiel dem Karlsruher Philosophen zur Charakterisierung ein, als er von dem Veröffentlichungsprojekt in Interviewform hörte. Wie spannend ein unmittelbares Zusammentreffen der Gesprächspartner verlaufen könnte, lässt sich nach der Lektüre erahnen – eine Inszenierung, die indes so schnell nicht realisierbar sein dürfte. So bleibt zunächst den Leserinnen und Lesern vorbehalten, im weiten Themenspektrum – von knallharter Standortpolitik über eine fundamentale Kritik der Lohnarbeit bis hin zu neuzeitlichen Märchenmotiven, die das gesellschaftliche Bewusstsein noch im 21. Jahrhundert prägen – den kaum überbrückbaren Gegensätzen nachzuspüren oder, weit interessanter noch, die Beziehungen und Schnittmengen zwischen den scheinbar unvereinbaren Standpunkten zu erkennen und für die Weiterentwicklung der eigenen Position zu verwerten.

Leicht ersichtlich nicht als systematische Analyse konzipiert, zeichnen die Interviews in ihrer Gesamtheit ein mehrdimensionales Bild von der tief greifenden Veränderung unserer Gesellschaft. Gleichzeitig durchbrechen sie, so jedenfalls der Anspruch, die oft abgeschirmte Binnenkommunikation unterschiedlicher Disziplinen und Institutionen mit ihrer je eigenen Sprache und Themenwahl und ignorieren zugleich „die Tantenhaftigkeit der deutschen politischen Kultur“, die Peter Glotz an anderer Stelle geißelt, die „von zahllosen Tabus bestimmt ist, über die man nicht diskutieren darf“ – zumindest insofern ist das Interviewprojekt zweifellos eine intellektuelle Belebung.

Natürlich ist es mehr: Es skizziert in komprimierter Form die ökonomischen, gesellschaftlichen, kulturellen und historischen Dimensionen von Arbeit, die sich für den Einzelnen im Alltag in letzter Konsequenz, gerade heute völlig nachvollziehbar, auf das „Haben und Nichthaben“ von Arbeit reduzieren. Obwohl nur ein Ausschnitt, beschreiben sie das ungeheure Spannungsfeld, in dem sich – oft in engen Zeithorizonten – arbeitspolitische Entscheidungen bewegen. Nachdrücklich bezeugen die vorgetragenen „Theorien“ die unveränderte Dominanz von Arbeit im Wertesystem unserer Gesellschaft – gewiss keine neue, aber, weil oft aufs Pekuniäre beschränkt, eine unterschätzte Erkenntnis. Was objektiv aussteht und – wie die eingangs geschilderte Stimmungslage bestätigt – subjektiv auch so erfahren wird, ist der überzeugende Nachweis konkreter Chancen und abstrakter Freiheitsmomente der „neuen Ordnung“ – eine Aufgabe, die ebenfalls interdisziplinär zu erledigen wäre. Fest steht, dass ein gewisses Maß an sozialer Absicherung für den Einzelnen unverzichtbar ist, gesellschaftlich anerkannte Arbeit aber nicht ersetzen kann, und dass der Eigenanteil an Leistungen jedweder Art – hier vor allem: sich bei härterem Wettbewerb am Arbeitsmarkt zu behaupten – steigt. Der Ruf nach einer Rundumabsicherung hingegen korrespondiert mit dem von Peter Sloterdijk in allen Schichten der Gesellschaft identifizierten Märchenmotiv vom „leistungslosen Einkommen“.

Die schwer wiegenden Folgen von Nicht-Arbeit selbst mit hohem Status indes hat Georg Wilhelm Friedrich Hegel vor 200 Jahren im Kapitel „Selbständigkeit und Unselbständigkeit des Selbstbewusstseins; Herrschaft und Knechtschaft“ seiner „Phänomenologie des Geistes“ eindringlich beschrieben. Der US-amerikanische Philosophie-Professor Frithjof Bergmann hat die nicht unkomplizierte Passage für uns ins leicht Begreifliche übertragen. Nachzulesen auf Seite 51, unten rechts.

Manfred Keuler und Paul Pantel